



DENKMÄLER IM UMBRUCH? EINFÜHRUNG IN DIE TAGUNG »BILDERSTURM IN OSTEUROPA«

Es ist noch nicht lange her, daß uns die Fernsehnachrichten fast täglich mit »Denkmälern im Umbruch« konfrontierten, unvergeßlich etwa der nur mit größter Mühe zu bewerkstellende Sturz des ›Eisernen Felix‹ in Moskau, Felix Dzierżyński, Gründer des sowjetischen Geheimdienstes, dessen spektakulärer Sturz als ein Akt der Befreiung besonders geeignet schien, das Ende einer Ära der Unterdrückung zu markieren, unvergeßlich der Sturz der Kolossalstatue des albanischen Diktators Enver Hodscha oder anderer ins Wanken gebrachter Heroen der kommunistischen Ära, vor allem immer wieder der große Lenin, in Riga der Volkswut geopfert, in Berlin-Friedrichsheim sorgfältig demontiert. »Reißt die roten Denkmäler ab!« hieß es in der Bild-Zeitung¹ und auch die FAZ plädierte eher für baldige Demontage angesichts der Sorge, daß nun »bald Denkmalschützer aus dem Westen auftreten werden, die einem postmodernen Positivismus das Wort reden, weil sie dem eigenen Urteil nicht trauen«²

Nachdem nun schon in den ersten Tagen der Befreiung von kommunistischer Herrschaft in den Ländern des ehemaligen Ostblocks viele Monumente aus durchaus verständlichen Gründen der spontanen Empörung, Wut und Trauer der Bevölkerung zum Opfer gefallen sind, scheint inzwischen in Osteuropa ein eher auf Verwaltungsebene verordneter und organisierter, zum Teil auch von Sachverständigenkommissionen begleiteter Verdrängungsprozeß im Gang, dem zahllose kleine und größere Erinnerungszeichen an das vergangene Regime zu weichen haben.

Wird auf diese Weise Geschichte verdrängt und damit die notwendige Vergangenheitsbewältigung verhindert? Oder ist auch nach den stürmischen Zeiten des revolutionären Umsturzes – Zeiten, zu denen als ein, wenn man so will legitimes, Signal gerade der Denkmalssturz zu gehören scheint – die weitere Demontage von Hoheitszeichen, Statuen und Wandgemälden, Erinnerungsmalen, Gedenkstätten, Mausoleen eine notwendige Säuberungsaktion, bei der die Relikte einer vergangenen Epoche aus guten Gründen auf dem »Müllhaufen der Geschichte« enden? »Hier entsorgt der Senat von Berlin deutsch-deutsche Geschichte ...« erklärte eine Tafel das Abbaugerüst am Berliner Lenin.

Handelt es sich überhaupt um ausschließlich politische Denkmäler, um Politikunst oder Politkitsch, die als Instrument der politischen Repression und der politischen Propaganda der vergangenen Ära nur unter politischen Gesichtspunkten zu beurteilen sind? Oder geht es ganz einfach um Denkmäler, die als Zeugnisse einer inzwischen Geschichte gewordenen Epoche Anspruch auf Denkmalschutz und Denkmalpflege haben? In diesem Zusammenhang wäre schließlich noch daran zu erinnern, daß es die deutsche Denkmalpflege schon mit der Aufarbeitung des vor mehr als einem halben Jahrhundert entstandenen unseligen Erbes des ›Tausendjährigen Reichs‹ nicht leicht hat, ein Thema, das angesichts neonazistischer Aktivitäten gerade im vergangenen Jahr trotz des großen zeitlichen Abstands

von wahrhaft bedrückender Aktualität erscheint. Und wenn sich schon die Relikte der Nazizeit nur schwer aus der nüchternen Distanz des Historikers beurteilen lassen, so gilt das genauso für das diesen Relikten in mancher Hinsicht verwandte historische Erbe aus den Zeiten der DDR.

Schon im vergangenen Jahr hat sich eine Tagung des Essener Kulturwissenschaftlichen Instituts in Leipzig mit dem »Fall der Denkmäler« in der früheren DDR befaßt, wobei es zumindest gelungen sein soll, »den deutschen Denkmalschmerz (ob ein Denkmal fiel, noch fallen wird, oder ob es bleibt) zu relativieren«.³ Die von ICOMOS und dem Institut für Auslandsbeziehungen organisierte internationale Tagung versammelt dagegen an einem in vieler Hinsicht zur Veranstaltung passenden historischen Ort – der Berliner Botschaft der Russischen Föderation – Vertreter aus fünfzehn ehemaligen Ostblockstaaten, um über den Umgang mit den Denkmälern einer zwar vergangenen, aber bis zu einem gewissen Grad nicht nur in ihren Denkmälern noch gegenwärtigen Epoche zu berichten. Ein solcher internationaler Erfahrungsaustausch kann durchaus bei der Lösung aktueller Probleme mit der Hinterlassenschaft der kommunistischen Ära helfen – nicht im Sinn von Patentrezepten, aber doch im Sinn einer Schärfung des allgemeinen Verantwortungsbewußtseins, vor allem auch auf seiten der Politiker, die über diese politischen Denkmäler zu entscheiden haben. Andererseits kann der Erfahrungsaustausch über ein in vieler Hinsicht höchst aktuelles Thema vielleicht dazu anregen, wieder einmal über die Grundlagen und die Grundsätze unserer Zunft nachzudenken, die am Ende des 20. Jahrhunderts vermutlich doch etwas anders aussehen, als es sich die Väter der modernen Denkmalpflege um die Zeit der letzten Jahrhundertwende vorstellen konnten.

»Alle Ding werden Monumente genannt, die Erinnerung an irgend etwas hervorrufen«, heißt es schon in einem spätantiken Cicero-Kommentar. Nach dieser sehr allgemeinen Definition sind Denkmäler Gegenstände, mit denen sich Erinnerung verbindet, wobei Erinnerung im allgemeinen auf den Menschen bezogen wird, also menschliche Erinnerung an Spuren menschlicher Geschichte. Denkmalpflege als allgemeine Spurensicherung aber wäre nun ein uferloses Unternehmen, käme da nicht das in den Denkmaldefinitionen mancher Denkmalschutzgesetze betonte »Interesse der Allgemeinheit« ins Spiel. Dieses allgemeine Interesse an einem Gegenstand der Erinnerung mag lokal begrenzt oder weltweit sein: Zumindest muß die Möglichkeit bestehen, den Gegenstand als Zeugnis der Erinnerung – als »historisches Erbe«, wie es in den internationalen Deklarationen heißt – zu erkennen und einer Allgemeinheit als ›Denkmal‹ zu vermitteln. Dabei bezieht sich das heutige Denkmalverständnis, wie in der pluralistischen Gesellschaft unserer Gegenwart auch nicht anders zu erwarten, auf immer weitere Bereiche des historischen Erbes. Nicht mehr die Denkmäler des Herrscherhauses allein finden öffentliches Interesse, sondern die Denkmäler aller sozialen Schichten. Und mit wachsendem zeitlichen Abstand

◁ *Stalin-Statue wird in das Museum ›Opfer des Stalinismus‹ in Wilna abtransportiert, 1988*

werden auch die in einer gleichsam natürlichen Reaktion gegen die unmittelbar vorangehende Zeit verpönten Zeugnisse bestimmter Epochen in den Augen der Öffentlichkeit allmählich »denkmalwürdig«, was u. a. dazu geführt hat, daß nach und nach auf Tagungen die Zeugnisse der zwanziger, dreißiger und vierziger sowie der fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts aufgearbeitet wurden.

Unsere Berliner Tagung kann dagegen nicht für sich beanspruchen, das ganze große Thema »Architektur und Städtebau der kommunistischen Ära« abzuhandeln. Dies bleibt Folgeveranstaltungen vorbehalten, für die es wohl wieder kaum einen passenderen Ort als die Botschaft der Russischen Konföderation geben dürfte. Unsere Tagung beschränkt sich weitgehend auf bewußte Denkmalsetzungen, die natürlich jeweils in einem architektonischen und städtebaulichen Kontext zu sehen sind – denken wir an die Berliner Stalinallee, wo der 1951 aus der Sowjetunion importierte Stalin bereits zehn Jahre später in einer nächtlichen Aktion der Nationalen Volksarmee demontiert wurde. Derart bewußt als Zeugnis der Erinnerung, eben als »Denkmäler« geschaffene Denkmäler, etwa der Obelisk eines ägyptischen Herrschers oder der Triumphbogen eines römischen Kaisers, aber waren zu allen Zeiten in besonderem Maß auf »Würde« bedacht, wie sie u. a. in der hochaufgerichteten Form, der »Erhabenheit« des Denkmals, zum Ausdruck kommen kann; die Botschaft, deren man sich zu erinnern hatte, wurde zusätzlich durch Inschriften erläutert, und es bestand ein Anspruch auf Vermittlung dieser Botschaft auf Dauer – ein Ewigkeitsanspruch des Monuments, der durch die Festigkeit und Widerstandsfähigkeit des Materials, Stein oder Bronze, gewährleistet werden sollte. In dieser Tradition stehen auch noch die politischen Denkmäler, die dem Personenkult der kommunistischen Heroen und der dauernden und allgegenwärtigen Verkündung kommunistischer Ideologie dienen sollten, Denkmäler, die verbunden mit entsprechenden Zeremonien die größte Aufmerksamkeit schon bei ihrer Grundsteinlegung bzw. ihrer Einweihung erregten, und deren Sturz, gerade weil hier symbolisch der diktatorische Anspruch einer Person oder einer ganzen Epoche »fällt«, wieder zum spektakulären Ereignis werden kann, unter Umständen sogar bewußt als Medienspektakel inszeniert wird.

Alois Riegl, einer der Gründerväter der Denkmalpflege des 20. Jahrhunderts, hat in seiner Analyse des »modernen Denkmalkultus«⁴ zwischen »gewollten« und »ungewollten« Denkmälern unterschieden, wobei die gewollten Denkmäler früherer Jahrhunderte so lange eine Chance hatten, als noch bei einzelnen Familienmitgliedern oder Bevölkerungsgruppen ein gewisses Interesse an ihrer bereits für die Entstehung des Denkmals verbindlichen Botschaft bestand. Dem neuen allgemeinen Geschichtsbewußtsein entsprechend, wandte sich dann die Denkmalpflege des 19. Jahrhunderts Schritt für Schritt von den Denkmälern der »vaterländischen Geschichte« den historischen Denkmälern aller Art zu, bis schließlich die heute ja im Verhältnis zu den gewollten weitaus überwiegende Masse der ungewollten Denkmäler Anspruch auf Bewahrung anmelden konnte. Diese ungewollten Denkmäler aber erhalten ihren Erinnerungswert durch unsere eigene Interpretation in der Gegenwart, während uns der Erinnerungswert des gewollten Denkmals »von anderen (den einstigen Urhebern) oktroyiert« wird: »Der gewollte Erinnerungswert«, heißt es bei Riegl, »hat überhaupt den von Anbeginn, das heißt von der Errichtung des Denkmals gesetzten Zweck, einen Moment gewissermaßen niemals zur Vergangenheit werden zu lassen, im Bewußtsein der Nachlebenden stets gegenwärtig und lebendig zu erhalten«⁵. Und eben

deshalb mußten »gewollte Denkmale ... in einer Zeit, da es noch kein Verständnis für ungewollte gegeben hat, rettungslos der Auflösung und Zerstörung verfallen, sobald diejenigen, für die sie bestimmt waren und die ein stets gegenwärtiges Interesse an ihrer Erhaltung hatten, in Wegfall gekommen waren.«⁶

Wenn man nun aber in unserem Fall davon ausgeht, daß der ursprünglich intendierte Anspruch der gewollten Denkmäler der kommunistischen Ära nicht mehr bestehen kann und darf, daß diese Ära zu Ende ist, dann müßten nach Riegls Terminologie die gewollten Denkmäler – um Anspruch auf Erhaltung zu haben – als ungewollte Denkmäler verstanden werden, die eine ganz andere Botschaft als die von ihren Urhebern beabsichtigte vermitteln. Und dabei geht es wieder wie bei den ungewollten Denkmälern um Auseinandersetzung der Gegenwart mit Geschichtszeugnissen, immer unter der Voraussetzung, daß die Auseinandersetzung mit den Zeugnissen der Vergangenheit, auch wenn es Zeugnisse einer Zwangsherrschaft, einer Diktatur sind, helfen kann, diese Vergangenheit zu bewältigen.

Dieser notwendige Entwicklungsprozeß vom »gewollten« zum »ungewollten« Denkmal vollzieht sich natürlich leichter in größerem zeitlichen Abstand, wenn die historische Bedeutung in ihrer ganzen Bandbreite bis hin zur kunsthistorischen Bedeutung faßbar wird. Denkmäler sind »Gegenstände aus vergangener Zeit« heißt es deshalb mit guten Gründen im Bayerischen Denkmalschutzgesetz, worunter man den Abstand nach etwa einer Generation zu verstehen hätte, die jüngsten Zeugnisse der kommunistischen Ära aus den siebziger und achtziger Jahren also eigentlich noch gar nicht als »Denkmäler« im Sinn des Gesetzes definieren könnte. Doch auch wenn wir hier fast noch mitten im großen Umwälzungsprozeß nach dem Ende einer Epoche stehen, kann und darf dies die Denkmalpfleger, vor allem die Denkmalpfleger der betroffenen Länder, eigentlich nicht hindern, Stellung zu beziehen.

Oberster Grundsatz der Denkmalpflege wäre auch hier das Konservieren, das Bewahren der Denkmäler und zwar nicht nur das Konservieren von historischer Substanz, sondern auch von historischer Gestalt und der mit ihr verbundenen »geistigen Botschaft der Vergangenheit«, von der in der Präambel der Charta von Venedig die Rede ist, dem wichtigsten internationalen Grundsatzpapier der Denkmalpflege. Eine solche Botschaft der Vergangenheit kann gerade im Bereich der gewollten Denkmäler aber nicht nur die Inschrift, sondern auch die getilgte Inschrift übermitteln, also die Spuren einer bewußten »damnatio memoriae«, nicht nur die Herrscherstatue auf ihrem Sockel, sondern auch der leere Sockel, denken wir an den leeren Sockel von Girardons Reiterstatue Ludwigs XIV. auf der Place Vendôme (nur der linke Fuß des Königs konnte sich vor dem Einschmelzen ins Museum retten). Bezeichnend ist auch die dann folgende, die Geschichte Frankreichs widerspiegelnde Geschichte der Monumente auf diesem Platz bis zur Wiedererrichtung der 1871 umgestürzten Säule oder auch die Geschichte der Monumente auf der Place de la Concorde, wo Ludwig XVI. bald nach der Beseitigung des Standbilds seines Vorgängers hingerichtet wird – Geschichte zweier berühmter Pariser Plätze, die auch immer wieder umbenannt wurden, Geschichte, wie sie sich heute auf manchen bekannten Plätzen in Osteuropa zu wiederholen scheint, wo nun plötzlich der leere Sockel als ein deutlich »sprechendes«, vielleicht sogar mit neuen Beschriftungen sich selbst interpretierendes Denkmal erscheint.

Muß man aber nun angesichts leerer Sockel auf den inzwischen umbenannten Plätzen vieler osteuropäischer Städte gleich von »Bildersturm in Osteuropa« reden, also von Ikonoklasmus

im Sinn des Bilderstreits in der byzantinischen Kirche des 8. und 9. Jahrhunderts, der 726 n. Chr. mit einer kaiserlichen Verordnung gegen den üblich gewordenen christlichen »Bilderdienst« begann? Soll man Vergleiche ziehen zu den für zahllose kirchliche Kunstwerke ebenso verhängnisvollen Bilderstürmen in Zusammenhang mit reformatorischen Bestrebungen des 16. Jahrhunderts?

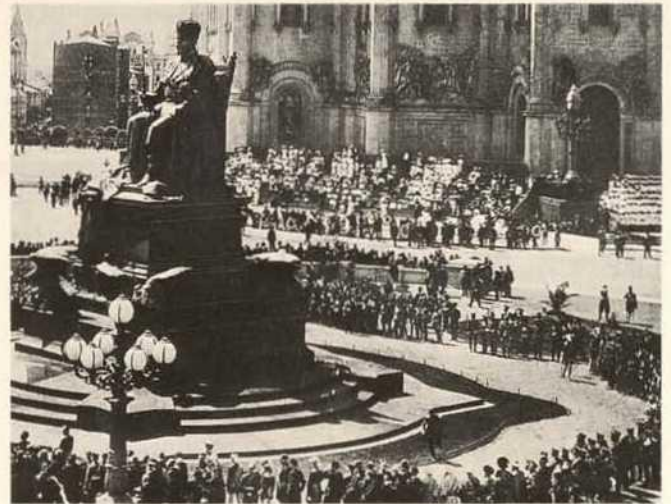
Auch der in der französischen Revolution 1793 mit einer Verordnung zur Beseitigung der Attribute des Königtums an allen öffentlichen Bauten begonnene und nach der Aufhebung des katholischen Kults mit der systematischen Devastierung der zur Plünderung freigegebenen Kathedralen endende Bildersturm ist natürlich schon in seinen grauenvollen Konsequenzen für das europäische Kulturerbe mit den derzeitigen Vorgängen bei der Beseitigung von Relikten der kommunistischen Herrschaft auch nicht annähernd vergleichbar. Trotzdem wird man einen auf religiöser Ebene liegenden Hintergrund mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen hinter allen ikonoklastischen Ausbrüchen, also auch in Zusammenhang mit unserem Thema, feststellen können: Natürlich waren nicht nur die Mausoleen mit den einbalsamierten roten Heroen als Kultstätten gedacht, sondern auch die sonstigen Monumente der kommunistischen Ära hatten – wie einst die Heiligenbilder – ihren eigenen, zu bestimmten Anlässen zelebrierten »Bilderdienst«, waren die neuen Ikonen der kommunistischen Weltreligion.

Dem Bildersturz unserer Tage nähern wir uns bereits mit dem bekannten Dekret Lenins vom 12. April 1918 »über die Denkmäler der Republik«, weil damit nicht nur der Sturz der zaristischen Denkmäler, sondern auch die Errichtung neuer Denkmäler verordnet wurde, die derzeit ihrerseits »im Umbruch« stehen:

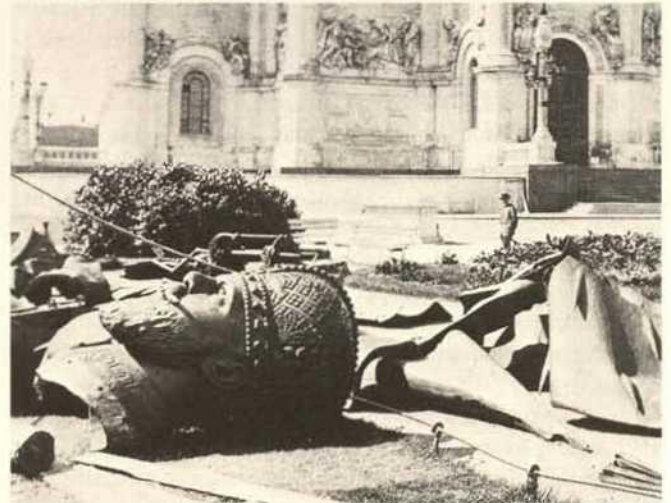
»In Würdigung der großen Umwälzung, die Rußland mitgestaltet hat, beschließt der Rat der Volkskommissare:

1. Die Denkmäler, die zu Ehren der Zaren und ihrer Diener errichtet wurden und weder historischen noch künstlerischen Wert besitzen, sind von Plätzen und Straßen zu entfernen und teils in Lagern aufzubewahren, teils als Altmaterial zu verwerten.
2. Eine Sonderkommission, bestehend aus den Volkskommissionen für Volksbildung und für Staatseigentum, sowie dem Leiter der Abteilung für bildende Kunst beim Volkskommissariat für Volksbildung wird auferlegt, im Einverständnis mit dem Kunstkollegium Moskaus und Petrograds festzustellen, welche Denkmäler zu entfernen sind.
3. Dieselbe Kommission wird verpflichtet, die Kunstschaffenden zu mobilisieren und einen breiten Wettbewerb zur Bearbeitung von Denkmalsentwürfen zu organisieren, um die großen Tage der Russischen Sozialistischen Revolution zu ehren.
4. Der Rat der Volkskommission drückt den Wunsch aus, daß zur Maifeier die scheußlichsten Götzen entfernt werden und die ersten Modelle neuer Denkmäler zur Beurteilung durch die Massen aufgestellt werden.
5. Dieselbe Kommission wird beauftragt, schnellstens die Ausschmückung der Stadt zur Maifeier vorzubereiten und die alten Inschriften, Embleme, Straßennamen, Wappen u. a. m. durch solche zu ersetzen, die die Ideen und Gefühle des revolutionären werktätigen Rußlands widerspiegeln sollen.
6. Die Deputierten sowjets der Gebiete und Gouvernements treffen entsprechende Maßnahmen nur im Einverständnis mit der erwähnten Kommission.
7. Nach Einrichtung und Klärung ihrer praktischen Notwendigkeit sind die notwendigen Summen zu bewilligen.«⁷

Soweit Lenin, von dem schließlich nicht weniger als 124 öffentliche Denkmäler allein im früheren Leningrad standen, die natürlich nicht vom allgemeinen »Umbruch« verschont blieben, trotz eines strengen Erlasses von Präsident Gorbatschow vom 13. Oktober 1990 mit entsprechenden Maßnahmen zur »Unterbindung einer Schändung von Denkmälern, die mit der Geschichte des Staates und seinen Symbolen verbunden sind«. Abgesehen davon, daß heute auch angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation weniger Enthusiasmus für die Errichtung neuer Denkmäler bestehen dürfte, ließe sich Lenins Dekret im übrigen wohl in einer Reihe von Punkten mit heutigen administrativen Weisungen in den früheren Ostblockstaaten verglei-



△ Einweihung und Zerstörung ▽ eines Zarendenkmal



chen, wieder mit der Bildung von Kommissionen, die sich Gedanken über den historischen und künstlerischen Wert machen sollen, wieder mit Überlegungen zur Frage der Finanzierung, wobei sich Lenin wohl kaum hätte träumen lassen, daß einmal die Entfernung einer einzigen Leninstatue in Berlin 500.000 DM kosten würde. Doch während es allein auf dem Territorium der Russischen Föderation nach einem Bericht der Moskauer Gewerkschaftszeitung Trud im Sommer vergangenen Jahres noch immer rund 850 000 Lenin-Denkmäler gegeben haben soll, die auf Entscheidungen der lokalen Administration warteten, scheinen die Probleme in anderen Ländern wie Polen längst im Sinn eines Neubeginns entschieden, bei dem für die Relikte der kommunistischen Ära kein Platz bleibt.

Erlauben Sie mir noch einen kurzen Blick auf die uns als Deutsches Nationalkomitee von ICOMOS besonders interessierende Situation in Berlin und den neuen Bundesländern, wo es verschiedene, bei unserer Tagung sicher noch zu Wort kommende Initiativen gegeben hat, sich mit dem historischen Erbe der früheren DDR zu beschäftigen. Mein Dank gilt in diesem Zusammenhang Eberhard Elfert und Martin Schönfeld, die eine 1990 konzipierte Ausstellung – »Erhalten, zerstören, verändern? Denkmäler der DDR in Ost-Berlin« (Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Berlin 1990) – für die Tagung noch einmal aufgebaut haben. Entscheidungen stehen in den neuen Bundesländern hier wohl nur noch für Denkmäler im eigentlichen Sinn an. Denn denkmalpflegerisch unproblematische Umbenennungen von Straßen und Orten sind eine selbstverständliche Folge der Wende, und die Hoheitszeichen der ehemaligen DDR wurden aufgrund eines Volkskammerbeschlusses vom 1. Juni 1990 innerhalb weniger Tage ebenso entfernt wie zahlreiche Gedenktafeln.

Die Denkmäler sind in der am Rand unserer Tagung gezeigten Ausstellung nach folgenden inhaltlichen Schwerpunkten geordnet: »Ideenträger des Sozialismus«, »Stätten der revolutionären und demokratischen Bewegungen in Deutschland bis 1933« sowie »Stätten der Verfolgung, Vernichtung und des antifaschistischen Widerstandes 1933-45«, dann unterschiedliche Denkmäler zur Geschichte der DDR mit Hinweisen auf bestimmte politische Ereignisse und im Sinn gesellschaftlicher Leitbilder wirkende Denkmäler, schließlich als besonderes Kapitel »Denkmäler für im Dienst ums Leben gekommene Grenzsoldaten«. Bereits solche inhaltliche Kriterien aber legen verschiedene Wege des Umgangs mit den Denkmälern nahe: Denn während Gedenkstätten, die Opfer des faschistischen Terrors ehren, dem wiedervereinigten demokratischen Staat gut anstehen – auch wenn der mit manchen Denkmälern demonstrierte »Antifaschismus« der DDR auf einen Legitimationsversuch für das DDR-Regime hinausläuft, wird man es vielleicht ganz einfach aus moralischen Gründen kaum ertragen können, daß gleichzeitig mit den Mauerschützenprozessen Gedenkstätten für andere Mauerschützen nicht abgeräumt werden.

Schon von dem, was während der revolutionären Ereignisse in den Ländern des ehemaligen Ostblocks hinweggefegt wurde – in der früheren DDR wohl relativ wenig verglichen mit den Baltischen Staaten, die scheinbar sehr rasch und gründlich vorgegangen sind -, ist manches in die Museen gelangt. Die Aufnahmefähigkeit der Depots setzt allerdings einer vollständigen »Entsorgung« des kommunistischen Götterhimmels durch die Museen enge Grenzen, vor allem wenn es um Kolossalfiguren geht. Nun gibt es zwar vermutlich in allen betroffenen Ländern Projekte, die Monster der vergangenen Epoche an bestimmten Plätzen zu versammeln, also etwa im Hof des früheren Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin ein »Gruselkabinett des sozialistischen Realismus« zu schaffen. Doch tatkräftig gehandelt hat bisher vor allem der bei unserer Tagung anwesende bayerische Steinmetz Josef Kurz, der auf einem Gelände bei Gundelfingen mit mehreren riesigen Statuen eine Art Fossilienpark für die Herrscher der kommunistischen Ära geschaffen hat. Musealisierung und Deponierung unterschiedlicher Art aber verwandelt die von ihrem ursprünglichen Ort entfernten Objekte von geradezu kultisch verehrten Ikonen des real existierenden Sozialismus in aus einer gewissen Distanz betrachtete Geschichtszeugnisse, die im übrigen plötzlich auch zu gesuchten Sammelobjekten werden können.

Doch trotz der Chancen und Möglichkeiten im Rahmen einer auch die Neuinterpretation und kommentierte Präsentation von Relikten der kommunistischen Ära erleichternden allgemeinen »Musealisierung« wird die Denkmalpflege, die das Museum nur als eine in bestimmten Fällen unumgängliche letzte Zufluchtsstätte für Denkmäler betrachtet, auch hier zunächst einmal an ihrem Grundsatz der Erhaltung *in situ* festhalten müssen. Denn jedes Monument verliert mit der Entfernung vom Ort, für den es geschaffen wurde, ja ganz entscheidende Qualitäten. Doch ein bloßes Konservieren, ja womöglich eine die Spuren der Revolution beseitigende Restaurierung eines an Ort und Stelle belassenen Monuments setzt gerade angesichts des geringen Abstands von den Ereignissen der vergangenen Jahre jeweils eine intensive geistige Auseinandersetzung und Neuinterpretation des als Geschichtszeugnis verstandenen Denkmals voraus, also wieder in der Diktion Riegls die Wandlung vom »gewollten« zum »ungewollten« Denkmal, das zum Mahnmahl werden kann.

Bekannt als eine besondere Art des Umgangs mit den Denkmälern der kommunistischen Ära ist der Versuch, ihnen durch Umgestaltung einen neuen Sinn zu geben, also kreative Veränderung, zum Beispiel wenn das Berliner Betriebskampfgruppenkmal als Ergebnis eines Beschlusses des Bezirksamts Prenzlauer Berg durch zwei Bruchstücke der Berliner Mauer ergänzt wurde oder im Rahmen einer Kunstaktion mit einer schnell wachsenden Rebe den Blicken zeitweilig entzogen werden sollte. Beispiel einer mit künstlerischen Mitteln erzielten Verfremdung war auch der berühmt gewordene rosa angestrichene Sowjetpanzer in Prag. Ein gelegentlich phantasievoller, auch satirischer Umgang mit den Denkmälern der kommunistischen Ära, deren ideologische Funktion auf solche Weise gewissermaßen demontiert wird, ohne das Denkmal selbst zu entfernen und die Geschichte des Ortes ganz zu tilgen, ist, zumindest aus denkmalpflegerischer Sicht, radikaleren künstlerischen Eingriffen vorzuziehen, etwa dem Vorschlag, ein Denkmal zu zerstören und zur Erinnerung an den Zusammenbruch des Systems die Trümmer einfach liegen zu lassen: Der Lenin am Dresdener Hauptbahnhof ist vor diesem Schicksal nach Bayern geflohen, nachdem ihn die Stadt nicht dem Künstler, sondern dem bereits erwähnten Steinmetz überlassen hat.

Wenn es aber um Zerstörung oder Erhaltung geht, fragt bereits Lenins Dekret von 1918 nach dem künstlerischen Wert der Objekte, und auch heute wird sich so manche Kommission Gedanken über »Kunst« oder »Unkunst« machen. Hier wird man nun zwar unterscheiden können zwischen neuen Bilderfindungen, künstlerisch mehr oder weniger originellen Schöpfungen, zwischen dem individuellen Einzelwerk und der immer gleichen Porträtbüsten und anderen Ikonen des real existierenden Sozialismus, deren künstlerischer Rang nicht durch tausendfache Wiederholung begründet wird. Dabei wäre auch nicht auszuschließen, daß der zwingende politische Anspruch, die ursprüngliche Botschaft eines bestimmten Denkmals tatsächlich einmal im zeitlichen Abstand ganz hinter dem besonderen Rang eines Kunstwerkes zurücktreten könnte. Trotzdem bleibt der »Kunstwert«, wie bereits Riegl dargelegt hat, ein sehr relativer Begriff, und die Frage nach der künstlerischen Bedeutung wird im Lauf der Zeit immer sehr unterschiedlich beantwortet werden. Angesichts der Denkmäler der kommunistischen Ära könnte man sich auch fragen, ob sich nicht gerade das Gegenteil von Kunst, das hohe Pathos eines monströsen Monuments oder ein – leicht durchschaubarer – Politkitsch am besten für eine die ursprüngliche Absicht entlarvende Interpretation eignen würde.

Neben dem ›Kunstwert‹ wäre im Zusammenhang der Wandlung vom gewollten zum ungewollten Denkmalwert natürlich noch der ›Alterswert‹ ins Feld zu führen, also alle Spuren der Vergänglichkeit, wie sie die vergleichsweise neuen Denkmäler der kommunistischen Ära trotz der Auswirkungen der allgemeinen Luftverschmutzung und des sauren Regens noch kaum zu bieten haben – abgesehen von den Narben, die ihnen vielleicht gerade die jüngste Geschichte zugefügt hat. Wichtiger als die Riegls ›Kultus des Alterswerts‹ begründende Erinnerung an die Vergänglichkeit alles Irdischen aber wäre in unserem Zusammenhang eben doch das Ringen um den ›Geschichtswert‹ des Denkmals, das aus einem Instrument totalitärer Ideologie ein auch für das Geschichtsverständnis kommender Zeiten wichtiges Mahnmal machen könnte. Fragen nach der Erhaltung, Veränderung, Beseitigung lassen sich jedenfalls erst schlüssig beantworten, wenn die als Geschichtszeugnisse zu betrachtenden und daher auch gründlich zu dokumentierenden Objekte in ihrer Bedeutung dargestellt

und analysiert worden sind, wenn unsere Geschichte nicht gewaltsam »entrümpelt«, sondern nach den historischen Perspektiven gesucht wird, unter denen die bei unserer Tagung erörterten ›Denkmäler im Umbruch‹ vielleicht ihre Chance erhalten.

Die hier diskutierten aktuellen Fragen zum Umgang mit Geschichtszeugnissen sind in mancher Hinsicht für die Denkmalpflege von grundsätzlicher Bedeutung und richten sich nicht nur an die zum Teil bei unserer Tagung versammelten Experten, sondern in erster Linie an Öffentlichkeit und Politik. Das Deutsche Nationalkomitee von ICOMOS hat deshalb in Vorbereitung der Berliner Tagung den Rednern im einzelnen keine eng begrenzten Themen vorgegeben, sondern einfach um Erfahrungsberichte der Kollegen aus den Ländern des früheren Ostblocks gebeten. Wir können nur hoffen, daß sich daraus ein nicht nur für den Historiker aufschlußreiches Gesamtbild ergibt, sondern daß sich auch neue Perspektiven für den Umgang mit Geschichte eröffnen.

Anmerkungen

1 Bild-Zeitung vom 1.11.1990.

2 Thomas Rietzschel, Marx und Lenin dösen in die Zukunft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.10.1990.

3 Kritische Berichte 3/1992, S. 3.

4 Alois Riegl, Der moderne Denkmalkultus, sein Wesen und seine Entstehung, in: Gesammelte Aufsätze, Augsburg–Wien 1929, S. 144 ff.

5 Riegl (wie Anm. 4), S. 172 f.

6 Riegl (wie Anm. 4), S. 151.

7 Zitat nach: Demontage ... revolutionärer oder restaurativer Bildersturm? Texte und Bilder, Berlin 1992, S. 11.

8 Vgl. Bernd Faulenbach, Von der Gegenwärtigkeit des Vergangenen. Zur Neukonzeption der Gedankstätten in der ehemaligen DDR, in: Weltspiegel, 7.2.1993.